



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die preußische Stellung zum Vatican.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Die preußische Stellung zum Vatican.

Der Londoner Daily Telegraph bringt in seiner gestrigen Nummer einen wichtigen Aufsatz über das obige Thema, den wir durch Gefälligkeit des betreffenden Correspondenten schon heute in deutscher Uebersetzung mitzutheilen im Stande sind. Der offenbar vorzüglich unterrichtete Berichterstatter des Blattes schreibt:

„Hochgestellte Personen in Preußen und anderen deutschen Staaten bemühen sich um die Beilegung des Culturkampfes. Ich habe von einer zu diesem Zwecke geführten Correspondenz Kenntniß erhalten und bin in der Lage, ein Bruchstück eines Schreibens mittheilen zu können, in welchem ein Berliner Politiker den Standpunkt der preußischen Regierung auseinandersetzt und die eine Schwierigkeit bespricht, welche der Realisirung ihrer friedlichen Intentionen entgegensteht. Das Bruchstück lautet:

Daß in den Unterhandlungen mit Rom Rückschläge früher oder später eintreten würden, darauf war ich durch die Haltung des Centrums vorbereitet. Wir werden noch mehr Phasen wie die gegenwärtige durchzumachen haben, da die römischen Prälaten durch ihre mangelhafte Einsicht in die preußischen Verhältnisse stets verleitet werden, übertriebene Erwartungen zu hegen und ihre Ziele zu hoch zu stecken. Wenn man im Vatican geglaubt hat, daß wir nicht bloß abrüsten, sondern unsere Waffen im Wege der Gesetzgebung vernichten wollten, so hat man uns eine große Thorheit zugetraut. Der Staatsministerial-Beschluß nimmt allerdings eine sehr wesentliche Modification der Mai-Gesetze in Aussicht, wenn er für die Regierung die Befugniß erstrebt, die Ausführung derselben im Interesse des Friedens zu unterlassen. Bis jetzt ist die Regierung verpflichtet, sie streng durchzuführen; wird sie von dieser Verpflichtung entbunden, so kommt sie in die Lage, die Gesamtheit der betreffenden Gesetze friedlich, freundlich und entgegenkommend handhaben zu können, sobald und solange eine ähnliche Politik von der Curie beobachtet wird. Die Befürchtung, was dann werden solle, wenn etwa die Regierung wechselte, ist eine gegenseitige. Was kann uns nicht bedrohen, wenn die Regierung im Vatican wechselt und wieder ein kämpfender Papst wie Pius IX.

den Stuhl Petri besteigt? Wir müssen also auf beiden Seiten in der Lage sein, daß ein Schwert das andere in der Scheide hält. Daß wir das unserige zerbrechen sollen, während die Curie jeweilig ihre Politik friedlich oder feindlich einrichten kann nach den Willen des jeweiligen Papstes und seiner Rathgeber, ist von uns nicht zu verlangen.

Wenn man Klarheit in dem Staatsministerial-Beschlusse vermißt, so muß ich fragen, was denn auf römischer Seite bisher klar ist. Wir haben erhebliche praktische Concessionen, soweit wir das nach der bisherigen Gesetzgebung konnten, seit dem Amtsantritt des Ministers von Puttkamer gemacht, vom Papste aber haben wir weiter nichts als eine unbestimmte theoretische Andeutung ohne Sicherheit, daß er ein unvollkommen definirtes Anzeige-System werde dulden können; es ist uns eine entgegenkommende Action „in Aussicht gestellt“, während eine solche unsererseits bereits erfolgt ist. Diese „Aussicht“ wird uns bis zum Gefühl des Mißtrauens getrübt durch die feindliche Haltung der Centrumpartei im preußischen Landtage und im Reichstage, in der wir nichts Anderes als eine praktische Erläuterung, eine Interpretation der päpstlichen Instructionen erblicken können.

Was hilft uns die theoretische Parteinahme des römischen Stuhls gegen die Socialisten, wenn die katholische Fraktion im Lande, unter lauter Bekenntung ihrer Ergebung in den Willen des Papstes, in allen ihren Abstimmungen den Socialisten wie jeder anderen subversiven Tendenz öffentlich Beistand leistet? Unter unwahren Bethenerungen guter Absichten, welche niemals zur Ausführung gelangen, und unter dem durchsichtigen Vorwande, daß man gerade so, wie die Regierung es betreibe, die Socialisten nicht bekämpfen wolle, im Uebrigen aber sie verurtheile, stimmt das Centrum stets mit den Socialisten; und wählt die Regierung andere Wege, so würden auch gerade diese wieder für das Centrum nicht die annehmbaren sein.

Als vor einem Jahre die katholische Partei in der Zollfrage uns ihre Unterstützung lieh, glaubte man bei uns an den Ernst des päpstlichen Entgegenkommens. Seitdem hat die katholische Partei, die sich speciell zum Dienste des Papstes öffentlich bekennt, im Landtage die Regierung auf allen Gebieten, in der Eisenbahnfrage, bei dem Schanksteuer-Gesetz, bei dem Feldpolizei-Gesetz, in der polnischen Frage angegriffen. Ebenso in der Reichspolitik, und gerade in Existenzfragen, wie dem Militär-Etat, dem Socialistengesetz und den Steuer-Vorlagen, steht die katholische Partei wie ein Mann geschlossen uns gegenüber und nimmt jede reichsfeindliche Bestrebung unter ihren Schutz. Mag eine solche von den Socialisten, von den Polen oder von den Welsen ausgehen, das System bleibt constant dasselbe, die Regierung des Kaisers nachdrücklich zu bekämpfen. Wenn man nun sagt, daß die Fraktion irregeleitet werde durch einige händelsüchtige Führer, welche vom Kampfe leben und bei dem Frieden überflüssig zu werden fürchten, so ist das nicht glaublich Angesichts der Thatfache, daß so viele Geistliche, hohe und niedere, unmittlere Mitglieder dieser regierungsfeindlichen Fraktion sind, und daß deren Politik, den Socialisten Beistand zu leisten, von den Mitgliedern des reichsten und

vornehmsten Adels unterstützt wird, bei dem kein anderes Motiv denkbar ist, als die Einwirkung der Beichtväter auf Männer und noch mehr auf Frauen. Ein Wort von dem Papste oder von den Bischöfen, auch nur der discretesten Abmahnung, würde diesem unnatürlichen Bunde des katholischen Adels und der Priester mit den Socialisten ein Ende machen. So lange statt dessen die Regierung in den Basen ihrer Existenz durch die römisch-katholische Fraction bekämpft wird, ist eine Nachgiebigkeit für die erstere ganz unmöglich. Die Regierung kann friedlichen Bestrebungen friedlich entgegenkommen; läßt sie sich aber durch Kampf und Drohungen die Hand zwingen, so hat sie als Regierung abdicirt. Zum Zwange gegen die Regierung fehlt übrigens der Partei die Macht. Sie hat in Bezug auf Agitation im Lande ihr Pulver zu früh verschossen; die Wihlereien der Geistlichen und ihre wohlfeilen Blätter haben in den ersten Jahren des Conflicts Alles versucht, was möglich war, um die Regierung des Königs in den Augen seiner Unterthanen herabzusetzen und ihre Thätigkeit zu hemmen; die klerikale Presse hat darin mehr geleistet als die socialistische und ist in der Wahl der Mittel ebensowenig scrupulös gewesen wie diese. Was auf diesem Wege uns Unangenehmes und Gefährliches bereitet werden konnte, haben wir bereits erduldet und müssen das Fernere erdulden, wenn die Geistlichkeit diese Rolle fortsetzt, welche sie dem Staate und der Bevölkerung mehr und mehr entfremdet.

Die Verminderung der Geistlichen, das Verschwinden der Bischöfe, der Verfall der Seelsorge flößen Jedermann die lebhafteste Sympathie mit den katholischen Christen ein, die auf diese Weise von ihren Geistlichen verlassen werden, weil die Priester aus politischen, dem Laien schwer verständlichen Motiven die Seelsorge verweigern. Es ist Sache der Kirche und des Papstes, dies zu verantworten. Zu anderen Zeiten und in anderen Ländern haben wir gesehen, daß die katholische Geistlichkeit unter sehr viel härteren Bedingungen, ja unter großen Gefahren und Demüthigungen, dennoch die Gläubigen, die ihrer bedurften, nicht unbefriedigt ließ, sondern das *tolerari posse* sehr viel weiter trieb, als es nöthig sein würde, um in Preußen Seelsorge zu üben, ohne mit den Mai-Gesetzen in Conflict zu kommen.

Wenn die heutige Hierarchie ihr Ziel und ihre Ansprüche höher schraubt und lieber den Gläubigen die Wohlthaten der Kirche versagt, als daß sie sich den weltlichen Gesetzen fügt, so werden Kirche und Staat die Folgen tragen müssen, welche Gott und die Geschichte darüber verhängen. Bis jetzt sind wir es, die praktisch entgegengekommen sind. Die polizeilichen, die gerichtlichen Verfolgungen sind sistirt, soweit das Gesetz es erlaubt; den Staatsanwälten und der Polizei ist, soweit das geschehen kann, Schweigen und Enthaltung auferlegt, und es wird beabsichtigt, Gesetze vorzulegen, welche das in noch größerem Maße gestatten sollen; die Kirche aber läßt ihre Anwälte im Reichstage und Landtage und in der Presse den großen und den kleinen Krieg bei jeder Gelegenheit, die sich bietet, mit derselben Entschiedenheit fortsetzen wie zur Zeit Falk's. Es ist aber ein Irthum, wenn man glaubt, dadurch mehr von uns erreichen zu können, als durch freundliches Nachgeben; in Bezug

auf die Gleichheit der Concessionen, das Vorgehen pari passu in denselben ist unser staatliches non possumus ebenso zwingend wie das kirchliche. Friedliebende Praxis, erträglicher modus vivendi auf der Basis beiderseitiger Verträglichkeit ist erreichbar.“

War Lord Beaconsfields Politik in Afghanistan richtig?

Von Cuno Stommel.

Wie der Einzelne oftmals seine individuellen Anlagen und seine eigenthümlichen Lebensaufgaben verkennet und, statt seine Talente auszubauen und das Naheliegende zu erstreben, seine Schwächen cultivirt und in die Ferne schweift, so pflegt es auch im Völkerleben zuzugehen. Die deutschen Kaiser opferten auf den Römerzügen nutzlos Kraft und Geld und ließen darüber das deutsche Reich zerfallen, Rußland strebt seit Menschenaltern eigensinnig und verblendet nach der Herrschaft über Constantinopel und die europäische Türkei, während es das natürlichere Feld seiner Culturmission in Asien darüber zu vergessen scheint. Die unfertigen Staaten Asiens müssen naturgemäß nach Rußland gravitiren, die Balkanstaaten aber sind in Bezug auf die Einheit ihrer politischen (selbst parlamentarischen) Existenz zum Theil der Stufe des politischen Niveaus in Rußland entwachsen, thatsächlich lehnen sich schon heute sämtliche autonomen Fürstenthümer der Balkanhalbinsel mehr an Oesterreich als an Rußland an. Will sich Rußland allein gegen Oesterreich und dessen verbündeten Balkanstaaten wenden, so ist der Erfolg utopisch, will es gegen Oesterreichs Willen in der europäischen Türkei Eroberungen machen, so steht außer Oesterreich auch der Türkei gegen Rußland auf. Rußlands Eroberungspolitik in Europa begegnet überall den größten Schwierigkeiten, während in Asien die Verhältnisse naturgemäß an Rußland von selbst herankommen.

Die Expeditionen, welche Rußland in Turkestan ausgeführt hat, und welche mit dem Jahre 1864 beginnen, haben fast dieses ganze ungeheuerer Reich, das doppelt so groß ist wie Persien, der russischen Botmäßigkeit unterworfen. Die Geschichte dieser Unterwerfung ist an die Namen Chiwa, Buchara, Kokand, Merv geknüpft. Kein einsichtiger Politiker kann auch nur einen Augenblick daran zweifeln, daß Rußland und nur Rußland dazu berufen war, diesem Lande die ersten Spuren staatlicher Ordnung aufzuprägen. Eine civilisirte Regierung kann es nicht vermeiden, Barbaren zu Nachbarn zu haben, und wo solche vorhanden sind, wird es nicht immer genügen, eine in der Vertheidigung gegen